

Abo Interview mit Starökonomin

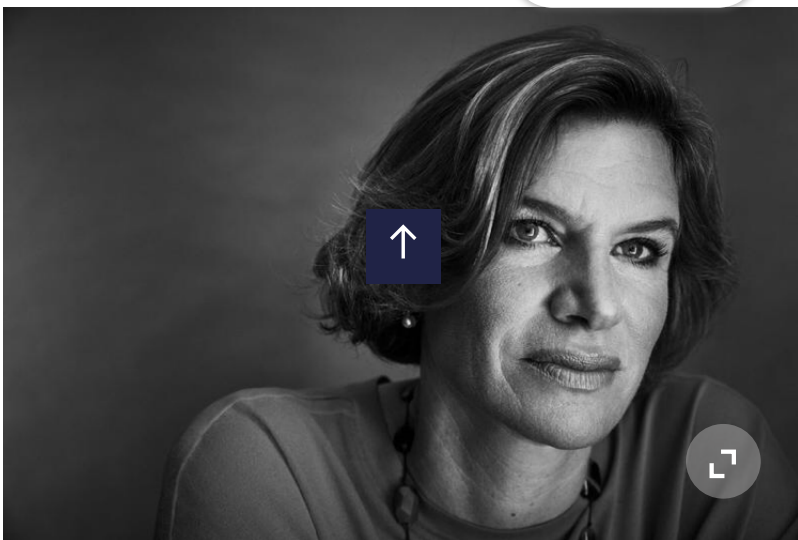
Kann diese Frau den Kapitalismus reparieren?

Mariana Mazzucato gehört weltweit zu den einflussreichsten Stimmen in den Wirtschaftswissenschaften. Ein Lehrgang, wie Ökonomie zum Wohle der Menschheit funktioniert.

Hans Ulrich Obrist (Das Magazin)

Publiziert: 08.10.2020, 20:02

💬 35



Ihre Stimme wird gehört: Dr. Mariana Mazzucato.

Bild: Matt Holyoak/Camera Press/Keystone

Warum sollen nur Firmen innovativ sein

können, warum nicht der Staat? Wieso gehen wir davon aus, dass gute Einfälle immer aus der Privatwirtschaft kommen? Mit diesem Forschungsansatz wurde Mariana Mazzucato zu einer der weltweit einflussreichsten Stimmen in den Wirtschaftswissenschaften und zu einer gefragten Regierungsberaterin. Seit Jahrzehnten untersucht die italienisch-amerikanische Staatsbürgerin, wie Gesellschaften Neuerungen gelingen, was es braucht, damit Erfindungen sich durchsetzen.

Seit 2017 ist Mazzucato Professorin für Economics of Innovation and Public Value am University College London. Dort ist sie auch die Gründerin und Direktorin des Institute for Innovation and Public Purpose. Ihre wichtigste Botschaft lautet, dass Regierungen auf der ganzen Welt ihre Macht ausbauen müssen, um Innovationen zum Wohle der Menschheit auf den Weg zu bringen – und so langfristige Werte zu schaffen, von denen nicht nur einige wenige einen Nutzen haben, sondern alle.

Hans Ulrich Obrist: Frau Mazzucato, weshalb sind Sie Ökonomin geworden?

Mariana Mazzucato: Ich habe in Boston Geschichte studiert, besonders die Geschichte der Gewerkschaften interessierte mich. Es wurde mir rasch

klar, dass viele der Probleme der Arbeiter eine Folge des technologischen Wandels sind und dass ich, um die Zusammenhänge zu verstehen, grössere Kenntnisse in Ökonomie brauche. Also wechselte ich für meinen Master und die Doktorarbeit ins Fach Ökonomie. Dafür habe ich die New School for Social Research in New York gewählt, weil an dieser Fakultät verschiedene ökonomische Modelle gelehrt werden. Das sagte mir zu. Gewöhnlich legen die Ökonomiefakultäten der Universitäten den Schwerpunkt auf ein einziges Denkmodell. An der New School dagegen gab es Marxisten, Keynesianer und neoklassische Ökonomen.

Die New School for Social Research hat viele prominente Abgängerinnen und Abgänger. Können Sie etwas mehr über diese besondere Schule erzählen?

Viele Intellektuelle der sogenannten Frankfurter Schule, die Deutschland wegen des Naziregimes verlassen mussten, gingen an die New School. Sie war von Anfang an ein Ort, an dem sich Philosophen, Ökonomen und Soziologen trafen, um über die Gesellschaft nachzudenken. Hannah Arendt zum Beispiel war Professorin an der New School.

Eine der Thesen in Ihrem neuen Buch

lautet, die Mathematik, die der heutigen kapitalistischen Wirtschaftstheorie zugrunde liegt, sei nicht unvoreingenommen.

Genau. Ihre Basis ist die Newton'sche Physik. Wenn ich beweisen will, dass der Kapitalismus das beste Wirtschaftssystem ist, bediene ich mich der ihr zugrunde liegenden Mathematik. Doch für mich ist generell die entscheidende Frage: Was sehe ich mir an, was will ich verstehen? Erst dann stellt sich die Frage nach der Methode und den Werkzeugen, mit denen man vorgehen will. Stattdessen lautet die normale Frage in der Ökonomie: Was will ich beweisen? Und dann bedient man sich wieder der alten Mathematik.

Sie haben am University College London ein eigenes Institut gegründet, das Institute for Innovation and Public Purpose. Können Sie uns von Ihrer Arbeit und den Zielen des Instituts erzählen?

Es ist eine Abteilung innerhalb des University College London mit einem eigenen Lehrplan. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den Staat, also den öffentlichen Sektor, genauer zu untersuchen, weil dieses Gebiet meiner Meinung nach untertheoretisiert ist. Ich glaube, viele der aktuellen Probleme sind eine Folge dieses Nichtverstehens der Dynamik zwischen öffentlichem und

privatem Sektor. Das sind zwei sehr verschiedene Ökosysteme, aber sie sind voneinander abhängig. So müssen zum Beispiel die Werte, welche die Privatwirtschaft schafft, vom Staat geschützt werden. Oder der Staat kann ein Marktversagen korrigieren. Wobei er das meist erst tut, wenn es schon zu spät ist. Er wartet sozusagen, bis es die Privatwirtschaft vermasselt hat, dann greift er ein. Darüber habe ich in «The Entrepreneurial State» geschrieben. Die Kernthese lautet, dass die grossen Innovationen – etwa die Internetrevolution – ohne aktive, risikofreudige staatliche Investitionen nie stattgefunden hätten. GPS, Touchscreen-Display, das sprachgesteuerte Siri-System – all diese Dinge in unseren Smartphones wären ohne die Risikobereitschaft des öffentlichen Sektors niemals entwickelt worden. Um Herausforderungen wie den Klimawandel und das Artensterben angehen zu können, müssen wir diese Mechanismen besser verstehen, sodass wir sie optimieren können.

In einem Gespräch mit der CNN-Korrespondentin Christiane Amanpour sagten Sie, es könne nicht darum gehen, die Weltwirtschaft wieder auf einen «normalen Kurs» zu bringen. Diese Normalität sei nämlich bereits ein Problem gewesen – man müsse nur an die

Klimakrise denken und an die wachsende Ungleichheit.

Genau. Wobei man differenzieren muss. Ich wollte damit nicht ausdrücken, dass alles den Bach runtergegangen ist und nichts mehr funktioniert. Das sollte man vielleicht einmal Greta Thunberg sagen, wenn sie behauptet: «Das Haus brennt.» Wenn tatsächlich schon das ganze Haus brennen würde, würde sie nicht darin sitzen und über den Klimawandel debattieren können. Wir befinden uns mitten in einer Pandemie, und nun geht es darum sicherzustellen, wie wir den Aufschwung nach der Pandemie mit Blick auf den Klimawandel richtig strukturieren.



Gefragte Ökonomin: Mariana Mazzucato an einer Plenardiskussion am WEF 2019 in Davos.

Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

Was muss sich zum Beispiel ändern?

Es fließen nicht genügend Finanzmittel

in die Realwirtschaft. Die Industrie, die grossen Unternehmen, die Pharmaindustrie und der Energie- und Technologiesektor geben einen zunehmenden Teil ihrer Gewinne für Bereiche wie Aktienrückkäufe aus. Das treibt lediglich die Aktienkurse in die Höhe und die Gehälter von Führungskräften. Das ist kurzfristiges Denken, das sich nur an den Quartalerträgen orientiert. Was wir brauchen, sind vielmehr Visionen für ein nachhaltiges, grünes und qualitativ hochwertiges Wachstum. Wir dürfen gewisse Fehler nicht wiederholen. Wir müssen die Lektion aus der Krise von 2008 lernen, als buchstäblich Billionen in die Wirtschaft gepumpt wurden, was zwar massive Finanzspekulationen verhinderte, aber das Problem nicht wirklich löste. Wir müssen sicherstellen, dass die Milliarden, die heute viele Länder in die Wirtschaft stecken, die Fähigkeit unseres Systems erhöhen, die nächste Krise zu bewältigen.

Was bedeutet das konkret?

Erstens: Wir müssen sicherstellen, dass wir die öffentlichen Gesundheitssysteme angemessen finanzieren. Das ist die wichtigste Lektion der Krise. Der Wohlfahrtsstaat ist dabei absolut entscheidend. Er sorgt dafür, dass alle Menschen Zugang haben zu den

Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Pandemie erinnert uns daran, dass wir nur so gesund sind wie unsere Nachbarn, die Leute in unserer Stadt, die Menschen auf der Welt. Zweitens: Viele Sektoren leiden und brauchen Geld von der Regierung. Aber einige sind auch Teil des Problems. Wir sollten etwa die Rettungspakete für die Automobil-, die Stahl- und die Luftfahrtindustrie an Bedingungen knüpfen, die garantieren, dass diese Sektoren Teil der Lösung werden.

«Die Pandemie erinnert uns daran, dass wir nur so gesund sind wie unsere Nachbarn, die Leute in unserer Stadt, die Menschen auf der Welt.»

Dr. Mariana Mazzucato

Gibt es dafür positive Beispiele?

In Frankreich haben Air France und Renault nur Hilfe von der Regierung bekommen, weil sie sich verpflichteten, ihre Kohlenstoffemissionen zu reduzieren. Dagegen hat Easyjet hier in Grossbritannien ohne Bedingungen

massive Staatshilfe erhalten. In Dänemark bekamen nur Unternehmen staatliche Hilfe, die keine Steuerparadiese genutzt haben. Die US-Senatorin Elizabeth Warren hat verlangt, dass Unternehmen, die zuvor exzessiv Aktienrückkäufe getätigt hatten, keinen Zugang zu staatlichen Geldern erhalten sollten. In Davos wurde im vergangenen Jahr viel vom Stakeholder-Kapitalismus gesprochen (Unternehmen werden als eine Art Treuhänder der Gesellschaft betrachtet; Anm. der Red.), aber geändert hat sich seither nicht viel.

Jetzt ist der Moment da, um etwas zu ändern!

Genau. Jetzt fließen viele öffentliche Gelder, um Unternehmen zu retten. Deshalb ist nun der richtige Zeitpunkt zu fragen, ob diese Unternehmen auch das Gemeinwohl im Auge haben. Es geht nicht, dass Unternehmen sich jetzt als Trittbrettfahrer betätigen und nur die Shareholder-Value-Maximierung im Kopf haben. Es darf aber auch von staatlichen Institutionen verlangt werden, dass sie so dynamisch und wertschöpfend sind, wie es der Privatsektor im Idealfall ist. Überhaupt geht es, ich wiederhole es, um ein Zusammenspiel beider zum Nutzen der Gesellschaft. Jahrzehntelange Privatisierungen, Auslagerungen und Haushaltskürzungen im Namen der

«Effizienz» haben die Reaktionen vieler Regierungen auf die Covid-19-Krise erschwert. Länder, die die Pandemie bisher relativ erfolgreich gemeistert haben, sind alle Länder, die sich nicht vor Investitionen in die Kernkompetenz des öffentlichen Sektors scheuten und in denen der Staat Verträge mit dem Privatsektor so gestaltet, dass sie dem öffentlichen Interesse dienen.

Sie sprechen immer wieder von «mission-driven government», was ist darunter zu verstehen?

Eine mission-driven Regierung setzt sich Ziele, die über einzelne Bereiche einer Volkswirtschaft hinausgehen. Ziele, die alle einbinden, den privaten und den öffentlichen Sektor, kleine und grosse Unternehmen. Wie bringt man alle diese Interessen an einen Tisch, um etwas zu erreichen, was der ganzen Gesellschaft dient? Die Mondlandung ist dafür ein gutes Beispiel. Es war das grosse Ziel, einen Menschen innerhalb einer Generation zum Mond und wieder zurück zu bringen. Natürlich war dies auch vom Kalten Krieg motiviert. Aber es setzte ungeheuer viele Innovationen in Gang. Nicht nur in der Luftfahrt, sondern auch in der Ernährung – die Astronauten assen Hotdogs im All –, in der Textilindustrie – es mussten besondere Stoffe entwickelt werden –

und in der Materialwirtschaft. Heute geht es in meiner Arbeit für die Europäische Kommission auch um solche grossen Ziele. Wenn man zum Beispiel all das Plastik in unseren Ozeanen kriegen will, kann das nur funktionieren, wenn alle Akteure an einem Tisch sitzen.

Viele Regierungen denken viel zu kurzfristig, weil das Risiko des Scheiterns besteht und ein Scheitern automatisch eine Abwahl bedeutet.

Wir müssen damit leben, dass Regierungen auch mal Mist bauen, wenn sie innovativ sein wollen. Viele der Innovationen, die grosse Veränderungen in der Gesellschaft vorangetrieben haben, sind auf sehr unsichere Prozesse zurückzuführen. Private Risikokapitalgeber prahlen immer mit den Risiken, die sie eingegangen sind. Aber wenn ein Beamter etwas riskiert und nicht erfolgreich ist, steht das auf den Titelseiten der Zeitungen, und man fordert seinen Rücktritt.



Bild: Matt Holyoak/Camera Press/Keystone

Ihr Buch «Wie kommt der Wert in die Welt?» führt diese Überlegungen aus. Sie haben mit der US-Kongressabgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez diskutiert, wie eine aktivere Industriepolitik einen «Green New Deal» befördern könnte, eine radikale ökologische Wende der Industriegesellschaft.

Wir hatten schon Kontakt, bevor sie Kongressabgeordnete wurde. Vor etwa zweieinhalb Jahren, also schon lange vor Corona, fuhren wir nach Queens, wo wir

uns in ein kleines Café setzten. Was interessant war: Wir sprachen genauso viel über Gesundheitspolitik wie über Umweltschutz. Jetzt applaudieren wir den Angestellten im Gesundheitswesen, weil wir erkannt haben, wie wichtig dieser Sektor tatsächlich ist. Es ist ein Sektor, dem es in den USA übrigens nicht an Geld mangelt – es sind vielmehr die schlechten Strukturen, die dafür verantwortlich sind, dass wir nicht die Ergebnisse sehen, die wir brauchen.

Können Sie das ausführen?

In den USA gibt die Regierung mehr als 40 Milliarden pro Jahr für Innovationen im Gesundheitswesen aus. Doch dann strukturiert sie die Beziehungen zu den wichtigsten Pharmaunternehmen nicht so, dass wir die Medikamente bekommen, die wir wirklich brauchen, und dies auch nicht zu den wünschenswerten Bedingungen.

Und was haben Sie mit Frau Ocasio-Cortez beim Thema Umweltschutz besprochen?

Ich schlug ihr vor, etwas zu entwickeln, was wirklich ehrgeizig ist. Ein Programm, bei dem es nicht nur um eine etwas grünere Infrastruktur geht, sondern um eine wirkliche Ökologisierung der gesamten Wirtschaft,

jedes einzelnen Sektors. Deutschland hat seine eigene Version eines Green Deal für den Stahlsektor, indem die Vergabe öffentlicher Darlehen an bestimmte Bedingungen geknüpft wurde. Das hat die Innovation im Stahlsektor tatsächlich gefördert. Darüber nachzudenken, wie man «grün» werden kann, wie man sämtliche Branchen in ihrer gesamten Wertschöpfungskette nachhaltiger machen kann, muss Teil eines Green Deal sein. Dabei geht es genauso um die Angebots- wie die Nachfrageseite. Es geht also auch um die Art und Weise, wie die Menschen über die Zukunft nachdenken. Die Kultur spielt dabei eine wichtige Rolle, denn sie beeinflusst, was wir wollen. Die Menschen wachen nicht einfach mit bestimmten Geschmackspräferenzen auf, so wie es Ökonomen gerne vorgeben. Was wir für gut halten, für die richtige Art zu leben, das lässt sich sehr wohl beeinflussen und neu denken.

Woran denken Sie dabei?

Es braucht langfristige Investitionen in die Ausbildung und Umschulung von Arbeitskräften, dazu gehört auch, den Menschen die Zeit zum Lernen zu geben, weshalb ich Ideen wie ein bedingungsloses Grundeinkommen für recht nützlich halte. Denn die Gesellschaft umzubauen und neu zu

denken, braucht Zeit. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Transformation geht es nicht nur um Dinge wie erneuerbare Energien, sondern auch darum, wie man andere Stimmen in den Prozess einbezieht, von Künstlern zu Arbeiter- und sozialen Bewegungen. Diese Neuausrichtung wiederum braucht ein neues Narrativ davon, wozu Politik da ist. Und das ist der Punkt, an dem es viele Widerstände gibt, wie man das Beispiel von Ursula von der Leyen zeigt. Sie wird für ihren Plan kritisiert, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Es heisst, man könne das Spielfeld, die Rahmenbedingungen, verbessern, der Rest aber müsse dem Markt überlassen werden.

Das reicht nicht?

Nein, wir brauchen eine neue Theorie und eine neue Praxis, wie wir zu einem ganz anderen Spielfeld kommen. Nur mit punktuellen Anpassungen gibt es keine grüne Revolution. Nehmen Sie die Internetrevolution. Auch dafür brauchte es mehr als nur punktuelle Anpassungen. Es geht darum, Investitionen zu tätigen und dies in einer nicht naiven Weise zu tun.

Was meinen Sie damit?

Nehmen Sie die US-Regierung unter

Barack Obama. Dort wurde auch über eine grüne Wende gesprochen. Doch dann investierten sie in Unternehmen wie Tesla oder Solyndra, die Darlehen mit Staatsgarantie von 465 Millionen respektive 500 Millionen Dollar erhielten. Solyndra ging in Konkurs, und die Regierung musste dafür geradestehen, während der Erfolg von Tesla als privatwirtschaftlicher Erfolg bezeichnet wurde. Auch das erfordert ein Umdenken: Wie sozialisieren wir die Erträge aus so hochriskanten Investitionen der öffentlichen Hand? Wie stellen wir sicher, dass nicht nur ein paar wenige Akteure profitieren?

Eine Frage, die ich im Namen von Brian Eno stelle: Es fällt auf, dass viele der interessantesten Ökonomen heute Frauen sind. Haben Frauen andere Werte in die ökonomischen Diskussionen eingebracht?

Schwierige Frage. Ich habe drei Töchter, die alle hier in London zur Schule gehen, in eine staatliche Schule namens Countenance School for Girls. Meine Töchter sind feministisch, sogar die Jungen auf dieser Schule sind alle feministisch. Und ja, es hat mit einer anderen Perspektive zu tun, die Frauen einbringen.

Welche Perspektive ist das?

Ich sage das nur ungern, weil es ein bisschen seicht klingt: Es hat damit zu tun, demütiger zu sein, zuzuhören, zu interagieren. Ich habe die Lektion erwähnt, die ich von einem meiner alten Professoren gelernt habe: dass Ökonomen fast schon im Voraus wissen, was sie beweisen wollen, und dann jene Methode anwenden, die es ihnen erlaubt, ihre Annahme zu beweisen. Das ist das Gegenteil einer wissenschaftlichen Methode. Ohne zu sehr verallgemeinern zu wollen – wir hatten ja auch schon schreckliche weibliche Führungskräfte: Meiner Erfahrung nach müssen Frauen oft eine Menge Dinge gleichzeitig erledigen – das Kind baden und eine Mail verschicken. Frauen haben eine bestimmte Art innezuhalten, zuzuhören, zu beobachten und Fragen zu stellen. «Okay, was tun wir tun, um dieses Problem zu lösen?» In den Sozialwissenschaften wie auch im Wirtschaftsleben ist das eine sehr nützliche Fähigkeit.

Hans Ulrich Obrist ist künstlerischer Direktor der Serpentine Galleries in London und «Magazin»-Kolumnist. Das Gespräch mit Mariana Mazzucato fand im Juli im Rahmen der DLD Sync Conference statt (dld-conference.com). Es wurde für dieses Heft gekürzt und redigiert.
redaktion@dasmagazin.ch

35 Kommentar

Ihr Name

Speichern

A. Weissmann

vor 12 Stunden

Der „Kapitalismus“ ist weder ein System noch eine Philosophie. Er ist ein Naturgesetz und kommt überall zum Tragen, wo Menschen miteinander interagieren. Nicht nur in der „City“, auch in Nordkorea, im Gulag, im Ghetto und in der Favela.

Glück hat, wer in einer Gesellschaft lebt, die sich offen zum sowieso herrschenden Kapitalismus

[Alle Kommentare anzeigen](#) ▾

Tages  **Anzeiger**

[Startseite](#)

[E-Paper](#)

[Impressum](#)

[AGB](#)

[Datenschutz](#)

[Kontaktformular](#)

[Abo abschliessen](#)

▼ **Alle Medien von Tamedia**



© 2020 Tamedia. All Rights Reserved